

"Bundestag erörtert Europa-Verträge" in Süddeutsche Zeitung (22. März 1957)

Quelle: Süddeutsche Zeitung. Münchner Neueste Nachrichten aus Politik, Kultur, Wirtschaft und Sport. Hrsg. FRIEDMANN, Werner; GOLDSCHAGG, Edmund; SCHÖNINGH, Dr. Franz Josef; SCHWINGENSTEIN, August ; Herausgeber FRIEDMANN, Werner. 22.03.1957, n° 70; 13. Jg. München: Süddeutscher Verlag. "Bundestag erörtert Europa-Verträge", p. 1; 2.

Urheberrecht: (c) Süddeutsche Zeitung

URL:

http://www.cvce.eu/obj/bundestag_erortert_europa_vertrage_in_suddeutsche_zeitung_22_marz_1957-de-57268c9e-d6fc-4586-ab47-d87b7c018fdd.html



Publication date: 05/11/2015

Bundestag erörtert Europa-Verträge

In einer Regierungserklärung bezeichnet Hallstein den Gemeinsamen Markt als letzte Chance für Europa

Erhard wiederholt seine Bedenken / Einwände der SPD und FDP

Von unserer Bonner Redaktion

B o n n , 21. März – Die Verträge über den Gemeinsamen Europäischen Markt und die Europäische Atomgemeinschaft (Euratom), die am kommenden Montag in Rom unterzeichnet werden sollen, wurden am Donnerstag zum erstenmal vom Bundestag behandelt. In einer Regierungserklärung, die Staatssekretär Hallstein verlas, bezeichnete die Bundesregierung das Vertragswerk der sechs Montanunion-Staaten als die letzte Chance des Überlebens, die Europa habe. Der Gemeinsame Markt werde weder die Wiedervereinigung Deutschlands noch den Interzonenhandel erschweren und die Lebenshaltung in der Bundesrepublik nicht verteuern. Ohne sich gegen das Vertragswerk auszusprechen, warf die SPD der Bundesregierung vor, sie habe bei den Verhandlungen den „sozialen Rückschritt“ vertreten. Außerdem bleibe unklar, ob der Gemeinsame Markt nicht nur ein neues Instrument der west-östlichen Blockpolitik darstellen solle. Bundeswirtschaftsminister Erhard wiederholte seine wirtschaftlichen Bedenken gegen die Wirtschaftsgemeinschaft, versicherte jedoch, er stimme ihr uneingeschränkt zu.

In der Regierungserklärung hieß es einleitend: „Wir wissen, daß eine enge Vereinigung der alten europäischen Staaten heute für uns die einzige Chance ist, Europa im Konzert der Mächte seine alte Stellung zu wahren oder zurückzugewinnen, ja wahrscheinlich die letzte Chance des Überlebens, die letzte Möglichkeit der Sicherung unseres freiheitlichen Daseins, unseres wirtschaftlichen Gedeihens und unseres sozialen Fortschritts.“ Über die Notwendigkeit des wirtschaftlichen Zusammenschlusses brauche heute wohl nicht mehr diskutiert zu werden, nachdem sich ganz offen gezeigt habe, daß eine Sicherung der Freiheit, eine Verbesserung des Lebensstandards und eine wirkliche Prosperität nur noch in größeren Wirtschaftsräumen als denen der einzelnen europäischen Staaten möglich seien. Bei der Beurteilung des Vertragswerkes müsse man sich bewußt sein, daß für sein Zustandekommen von allen Beteiligten Opfer gebracht werden müßten, zum Teil sogar sehr schwerwiegende materielle Opfer, daß dies aber, wenn Europa überleben solle, unvermeidlich sei.

Für die *Wiedervereinigung* Deutschlands werden die Brüsseler Verträge nach den Worten Hallsteins kein Hemmnis bilden. Die Bundesregierung habe protokollieren lassen, daß sie im Fall der Wiedervereinigung mit einer Überprüfung der Verträge rechne. Der deutsche Standpunkt, daß ein vereinigtes Deutschland volle Handlungsfreiheit haben müsse, sei von den Teilnehmerstaaten akzeptiert worden.

Der *Interzonenhandel* soll durch die Verträge seine Sonderstellung als innerdeutsche Angelegenheit nicht verlieren, die Zonengrenze keine Zollgrenze werden. Hallstein legte dem Bundestag eine entsprechende Garantieerklärung vor, die in den Vertragstext aufgenommen wurde. Überdies seien Sicherungen geschaffen, daß der Interzonenhandel nicht durch Dreiecksgeschäfte über andere Mitgliedstaaten der Gemeinschaft ausgehöhlt werden könne. Die Besorgnisse, daß der Gemeinsame Markt die Beziehungen zu dritten Ländern und zu den europäischen Organisationen stören könnte, wies Hallstein mit dem Hinweis auf die geplante Freihandelszone zurück. Die Bundesrepublik werde alle multilateralen Handelsverpflichtungen erfüllen, um einem freien Welthandel und einer liberalen Handelspolitik die Türen zu öffnen. Die Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik würden durch den Gemeinsamen Markt nicht verteuert werden.

Die umstrittene Eingliederung der *überseeischen Gebiete* in den Gemeinsamen Markt rechtfertigte Hallstein mit Garantien im Vertrag, wonach die europäischen Leistungen nur dem wahren Interesse der Bevölkerung in den Überseegebieten dienen und nicht zu einem Wiederaufleben des heute mit Recht allgemein abgelehnten Kolonialismus führen würden.

Hallstein umriß die Organisation der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft, die auf vier Säulen ruhen wird:

Ministerrat, Europäische Kommission, Parlamentarische Versammlung und Gerichtshof. Als Hilfsorgan wird ein Wirtschafts- und Sozialausschuß beratende Funktionen haben.

Anschließend gab die Bundesregierung der Zuversicht Ausdruck, daß die Schaffung des Gemeinsamen Marktes sich segensreich für das deutsche Volk und alle anderen beteiligten Staaten auswirken werde. Der Vertrag sei ein mühsam ausgehandelter, aber gesunder Kompromiß unter allen Beteiligten. Er sei die unerläßliche Voraussetzung für eine freizügige wirtschaftliche Entfaltung in Europa und ein Unterpfand für die politische Freiheit und die Existenz des deutschen Volkes. Der Vertrag biete schließlich auch echte Chancen für die künftige politische Einheit Europas.

Als erster Redner sprach der SPD-Wirtschaftsexperte *Deist*. Seinen Ausführungen war nicht eindeutig zu entnehmen, ob die Sozialdemokraten die Verträge in der vorliegenden Form akzeptieren. In ihrer letzten Fraktionssitzung hatte sich die SPD sehr positiv zum Gemeinsamen Markt geäußert. Deist faßte die Bedenken seiner Partei gegen den Vertrag in folgenden Punkten zusammen:

Der Vertrag sei ein neuer Beweis dafür, daß die Bundesregierung bei internationalen Verhandlungen die Seite des „sozialen Rückschritts“ vertrete, weil auf ihr Betreiben aus dem ursprünglichen Entwurf alle einen sozialen Fortschritt bringenden Bestimmungen gestrichen worden seien. Der soziale Gehalt des Gemeinsamen Markts in Hinsicht auf eine Besserstellung der Arbeiterschaft, eine Hebung des Lebensstandards und eine Neuverteilung des Einkommens sei äußerst gering.

Der Vertrag enthalte – wiederum auf Drängen der Bundesregierung – keine Bestimmungen über eine gemeinsame aktive Wirtschaftspolitik, durch die allein eine neue, gesunde soziale Struktur in Europa erreicht werden könne. Dahinter stecke die generelle Ablehnung einer aktiven Wirtschaftspolitik, das heißt Beeinflussung der wirtschaftlichen Entwicklung durch Maßnahmen der Regierung zur Investitionslenkung, Absatz- und Preisbeeinflussung.

Die große und bis jetzt nicht beantwortete Frage sei, ob die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft als Schachfigur im Rahmen der ideologischen und militärischen Blockvorstellungen oder als wirkliches Instrument zur fortschrittlichen und sozialen Entwicklung Europas gedacht sei, fuhr Deist fort. Die SPD könne den Verträgen nur zustimmen, wenn das letztere der Fall sei.

Einer weiteren Klärung bedürfen nach Ansicht der SPD noch drei Fragen: Ob der Vertrag nicht zu einer unangemessenen Erhöhung der Zölle für Einfuhren aus Gebieten außerhalb des Gemeinsamen Markts führen werde, ob die Beteiligung Deutschlands an der Entwicklung des französischen Kolonialbesitzes in Afrika die Bundesrepublik nicht doch zu einem „Partner der französischen Kolonialherrschaft“ machen würde und ob wirklich absolut sichergestellt sei, daß die Zonengrenze durch den Vertrag nicht zu einer Zollgrenze werden würde.

Erhard wünscht sich mehr Dynamik

Bundeswirtschaftsminister *Erhard* verteidigte die von ihm am Vertrag geübte Kritik gegen Angriffe der SPD und betonte, wenn er mit dem Vertrag nicht zufrieden sei, dann nur, weil er sich einen „dynamischeren“ Vertrag gewünscht hätte, der die wirtschaftliche Einigung Europas schneller und durchgreifender herbeiführen könnte. Trotz gewisser volkswirtschaftlicher Bedenken sage er jedoch zu dem Vertrag sein uneingeschränktes Ja.

Es komme schließlich nicht nur auf die Paragraphen des Vertrages an, bei denen zugegebenermaßen Gutes und Böses dicht nebeneinander liege, sondern darauf, daß die richtigen Menschen mit der richtigen Haltung an den Vertrag herangingen.

Als Kernpunkt seiner Kritik bezeichnete Erhard die vielen Ausweichklauseln des Vertrages, die „soviel Angst vor dem Gemeinsamen Markt“ enthielten und einen wirklich freien Wettbewerb als fraglich erscheinen ließen. Man hätte im Vertrag mehr Nachdruck auf die Einhaltung der *gesunden* Wirtschaftspolitik und weniger auf Ausweichklauseln für die Auswirkungen einer *ungesunden*

Wirtschaftspolitik legen sollen. Da es sich bei dem Vertrag jedoch um einen Kompromiß zwischen unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Auffassungen handle, sei wohl mehr nicht zu erreichen gewesen. Den Vorwurf Deists, die Bundesregierung habe bei den Verhandlungen um die Europa-Verträge eine Politik des sozialen Rückschritts getrieben, wies Erhard als „glatte Verleumdung“ zurück.

Bundeskanzler Adenauer verfolgte die Ausführungen Erhards mit einer gewissen Nervosität, vor allem soweit sie sich kritisch mit dem Vertrag befaßten.

Furler: Kein Kolonialismus

Für die CDU/CSU wurde der Vertrag von dem Präsidenten des Montanparlamentes, Professor *Furler*, nachdrücklich befürwortet. Auch die CDU kenne die Mängel und sehe die Opfer, die besonders von der deutschen Wirtschaft gebracht werden müßten, sagte Furler. Ohne einen gewissen Optimismus und ohne Glauben an eine gute Entwicklung gehe es aber nicht. „Mit Laienmut und Kritik“ komme man nicht weiter. Mit dem Verträge sei eine bedeutende Ausgangsposition für die Einigung Europas gegeben. Jetzt komme es darauf an, durch Mitarbeit dafür zu sorgen, daß dieses Ziel erreicht werde. Zu der Kritik Erhards meinte Furler, es sei weder möglich noch zumutbar, innerhalb von fünf Jahren Wirtschaftsbeschränkungen aufzuheben, die zum Teil in Jahrhunderten gewachsen seien. Besonders scharf wandte sich Furler gegen die Auffassung, daß die Einbeziehung der französischen Überseegebiete etwas mit Kolonialismus zu tun habe. Durch den Beitrag der Gemeinschaft zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung dieser Gebiete sollten sie im Gegenteil in den Stand gesetzt werden, möglichst bald die Freiheit zu gewinnen.

Für die Fraktion der Freien Demokraten, die als einzige eindeutig gegen die Verträge eingestellt ist, erklärte der Abgeordnete *Margulies*, bei den Sorgen seiner Partei gehe es nicht um das „Was“, sondern um das „Wie“. Es sei zu prüfen, ob dieser Weg der kleineuropäischen Integration wirklich zu Europa führen könne. Diese Bedenken würden nicht geringer, wenn man die Ausführungen des Bundeswirtschaftsministers höre. In den acht Jahren des Bestehens der OEEC sei es gelungen, den europäischen Handel von 17 Staaten vom Nullpunkt zu einer respektablen Größe zu entwickeln. Mehr als 60 Prozent des deutschen Außenhandels umfaßten den Handel mit den OEEC-Staaten. Es müsse geprüft werden, ob die europäische Wirtschaftsgemeinschaft nicht zu einer kleineuropäischen Autarkie führe, die sich durch diskriminierende Zölle von den anderen europäischen Handelspartnern absondere. Die Errichtung der geplanten Freihandelszone gleichzeitig mit der Wirtschaftsgemeinschaft würde die Bedenken der FDP in diesem Punkt wesentlich mildern.